

KURZPOSITION

NExt Level EU – Die Forderungen der WVMetalle zur Europawahl 2024

Für eine neue europäische Industriepolitik - für einen Green & Industrial Deal

Bei der nächsten Europawahl im Juni 2024 steht viel auf dem Spiel, auch für die Nichteisen-(NE-)Metallindustrie und ihre Beschäftigten. Damit Europa weiter demokratisch stabil, sicher, sozial und nachhaltig sein kann, braucht es eine **wettbewerbsfähige und resiliente Wirtschaft. Die Transformation ist als Umbau und Entwicklung zu gestalten. Eine Deindustrialisierung Europas senkt den Wohlstand, erhöht die Abhängigkeit und leistet keinen Beitrag zum globalen Klimaschutz.**

Die Rohstoffe und Produkte der Metallindustrie werden für das Erreichen der Ziele des Green Deals dringend benötigt, insbesondere für die Klimaneutralität der Europäischen Union (EU) bis 2050. Dazu gehören Kupfer und Aluminium für den Netzausbau, aber auch Komponenten aus Nickel, Lithium und Kobalt für die Elektromobilität und Erneuerbare Energien. Weitere relevante Produkte und Rohstoffe sind Zink als Korrosionsschutz, Spezialanwendungen der NE-Gießereien, wie Getriebegehäuse für Windräder sowie Wafer aus Indium und Gallium für die Chipindustrie.

Hohe Energiepreise, stärkere Abhängigkeiten bei Rohstoffen sowie regulatorische Kosten gefährden nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes kurzfristig, sondern die allgemeine Zukunftsfähigkeit des „alten Kontinents“. Viele energieintensive Unternehmen befinden sich aktuell in einer **dramatischen wirtschaftlichen Lage**. Die Primärproduktion von Aluminium und Zink ist in Deutschland und anderen Ländern der EU fast zum Erliegen gekommen. Die **Rahmenbedingungen für die Industrie** sind in anderen Weltregionen, z.B. den USA oder Kanada, attraktiver. So investierten die Unternehmen vermehrt und weniger in Europa. Die Gefahr der **Abwanderung von Industriebranchen, des Wegfalls von Wertschöpfungsketten** und damit einhergehend einer **Deindustrialisierung** ist aktuell in Deutschland und Europa so präsent wie lange nicht.

Mit dem **Green Deal Industrial Plan** und insbesondere mit dem **Critical Raw Materials Act (CRMA)** und dem **Net-zero Industry Act (NZIA)** wurden **erste richtige Schritte** vorgenommen. Doch die reichen bei weitem noch nicht aus. Damit die Industrie wieder eine bessere Perspektive hat und die Transformation gelingen kann, müssen bei der nächsten Europawahl die **richtigen Weichenstellungen** vorbereitet werden. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der **Förderung des industriellen Mittelstands**, der auf europäischer Ebene bisher zu wenig Beachtung findet.

Unseren Beitrag zur Europawahl haben wir unter dem Motto **NExt Level EU** zusammengefasst.

Doch was bedeutet das konkret? Es ist unsere Forderung nach einer geeinten und starken Europäischen Union, die die **Industriepolitik gewissermaßen auf ein höheres Level bringt** - eine moderne Industriepolitik, die in einem Green & Industrial Deal die **Nachhaltigkeit mit Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und Resilienz vereint**. Für die Umsetzung dieser Agenda braucht es in der EU-Kommission

auch eine klare und einflussreiche Zuständigkeit. Wir fordern daher einen **Exekutiv-Vizepräsidenten der EU-Kommission für Industriepolitik, Wettbewerbsfähigkeit und Transformation**. Nur so kann die Transformation erfolgreich gestaltet werden – nicht ohne, sondern mit der NE-Metallindustrie in Deutschland und Europa.

Forderungen der deutschen NE-Metallindustrie für die nächste Legislaturperiode:

- Ernennung eines EU-Exekutiv-Vizepräsidenten der EU-Kommission für europäische Industriepolitik, Wettbewerbsfähigkeit & Transformation
- EU-Energiepolitik: Transformation der Industrie berücksichtigen, wettbewerbsfähige Energie durch Einführung eines EU-Industriestrompreises
- EU-Klimapolitik: Aluminium aus dem CO₂-Grenzausgleichmechanismus (CBAM) herausnehmen, keine weiteren NE-Metalle in den Anwendungsbereich aufnehmen
- Reform des EU-Beihilferechts, um Unternehmen besser und unbürokratisch vor Sonderbelastungen zu schützen
- EU-Rohstoffpolitik: zügige Umsetzung des EU-Rohstoffgesetzes (CRMA)
- Handelspolitik: möglichst schnelle Ratifizierung des Handelsabkommens MERCOSUR
- Nachhaltigkeitsgesetzgebung: Umsetzbarkeit sicherstellen und verlängerte Übergangsfristen sowie internationale Durchsetzung von Standards
- Kreislaufwirtschaft: Die Verwendung von Metallen als wesentlichen Treiber für die Kreislauffähigkeit von Produkten erleichtern und fördern
- Umwelt- und Chemikalienpolitik: Einführung eines Transformations-Vorbehalts für die Metallindustrie, u.a. Ausnahmen und Erleichterungen für nachhaltige Produkte; REACH in Bezug auf Praktikabilität und Wettbewerbsfähigkeit verbessern
- Arbeitsschutz-Vorgaben (z. B. Arbeitsplatzgrenzwerte) statt Chemikalienregulierung bei Stoffen mit beherrschbarer Exposition nur am Arbeitsplatz
- Mittelstandspolitik: gezielte Entlastungen für KMU, insbesondere bei Berichtspflichten sowie Einführung einer mittleren Kategorie bei der KMU-Definition

Über den Herausgeber: Die Wirtschaftsvereinigung Metalle (WVMetalle) vertritt die wirtschaftspolitischen Anliegen der Nichteisen-Metallindustrie mit rund 106.000 Beschäftigten in 625 Unternehmen. Im Jahre 2022 erwirtschaftete die Branche einen Umsatz in Höhe von 75,7 Milliarden Euro.

Brüssel/Berlin, November 2023

Kontakt:
Europabüro
Telefon: +32 /2/ 502 1988
E-Mail: schaefer@wvmetalle.de

Wirtschaftsvereinigung Metalle, Wallstraße 58/59, 10179 Berlin